

Stellungnahme der KlimaUnion Brandenburg und des CDU-Stadtverbands Bernau zum Bericht „Bernau setzt auf Geothermie - kommt die Wärme bald aus der Tiefe?“ in der Märkischen Oderzeitung vom 24. September 2025

Mit großem Interesse haben wir den Artikel zur geplanten Tiefengeothermie in Bernau gelesen. Das Projekt ist zweifellos spannend und kann für die regionale Wärmeversorgung eine wichtige Rolle spielen. Dennoch möchten wir zwei Punkte klarstellen bzw. ergänzen:

1. Kommunale Wärmeplanung und Tiefengeothermie

Im Artikel wird nicht erwähnt, dass die Stadt Bernau derzeit eine verbindliche kommunale Wärmeplanung nach dem neuen Wärmeplanungsgesetz erarbeitet. Dieses Gesetz verpflichtet alle Kommunen, Potenziale und Eignungsgebiete für erneuerbare Wärme zu ermitteln. Es schreibt jedoch keine konkreten Projekte – wie Tiefengeothermie-Bohrungen – vor.

Für eine Stadt der Größe von Bernau gilt eine Frist bis spätestens Juni 2028. Die Wärmeplanung wird außerdem durch Fördermittel von Bund und Ländern unterstützt. Das Gesetz verlangt ausdrücklich, dass die Öffentlichkeit und relevante Akteure während der Erstellung und nach Fertigstellung des Wärmeplans beteiligt werden.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass die Stadt Bernau die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über erste Schritte im Rahmen der Wärmeplanung informiert.

Die geplante Tiefengeothermie-Probebohrung am Schönfelder Weg wird von den Stadtwerken als mögliche Maßnahme genannt und läuft parallel zur Wärmeplanung. Sie ist also ein konkretes Projekt, das aus der Potenzialanalyse folgen kann – aber keine unmittelbare gesetzliche Folge des Wärmeplans ist.

2. Zur politischen Einordnung der Energiewende

Im Artikel entsteht der Eindruck, Friedrich Merz und die CDU wolle die Energiewende abbremsen. Dies ist unzutreffend und steht zudem in keinem Zusammenhang mit der kommunalen Wärmeplanung. Ziel der CDU-geführten Bundesregierung ist es, die Energiewende effizienter und kostengünstiger zu gestalten – etwa durch die Vermeidung überhöhter Einspeisevergütungen und unnötiger Stromexporte ins Ausland, deren Kosten letztlich die Bürgerinnen und Bürger tragen.

Bundeskanzler Merz hat wiederholt betont, dass an den Klimazielen nichts geändert wird. Die Energiewende bleibt bestehen, soll aber verantwortungsvoll, bezahlbar und praxisnah umgesetzt werden. Gerade in Brandenburg zeigt sich, wie wichtig das ist: Die Akzeptanz für Windräder und Solarparks sinkt, wenn Strom aufgrund fehlender Netze nicht genutzt werden kann und trotzdem Kosten verursacht.

Auch die Fördermittel für die kommunale Wärmeplanung in Bernau stammen im Übrigen aus dem CDU-geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) über das Programm NKI/KWP.

Fazit

Die Energiewende ist ein gemeinschaftliches Projekt, das erhebliche Investitionen erfordert. Es gibt jedoch Spielräume, Kosten durch Effizienz und kritische Technologieprüfung zu begrenzen. Entscheidend ist, dass Diskussionen ehrlich geführt werden – auf Basis von Fakten, nicht politischer Zuspitzung.

Mit freundlichen Grüßen
Robert Vollbrecht – Vorsitzender CDU Bernau
Michaela König – Vorsitzende KlimaUnion Brandenburg

Mit freundlichen Grüßen

Robert Vollbrecht
Vorsitzender CDU Bernau

Michaela König
Vorsitzende der KlimaUnion Brandenburg

Quellen:

- Deutscher Bundestag (09.07.2025): *Bundeskanzler Merz: Bundesregierung steht zu Klimazielen.*
 [bundestag.de](https://www.bundestag.de)
- Bundesregierung: *Kommunale Wärmeplanung – gesetzliche Pflicht, Fristen und Förderung.*
 [energiewechsel.de](https://www.energiewechsel.de)
- Bundes-SGK: *Kommunale Wärmeplanung – Aufgaben, Fristen, Fördermittel.*
 [bundes-sgk.de](https://www.bundes-sgk.de)